

## Thesen zu Griechenland

Die Hilfe wurde mutwillig verzögert, was die Finanzspekulation ermuntert und die Lösung teurer macht. Die Beteiligung des IWF ist unnötig und kontraproduktiv. Die Beteiligung von Geschäftsbanken – von einigen gut gemeint, faktisch aber Augenwischerei. Die Korruption in Griechenland muss dort bekämpft werden, in Deutschland sollte man sich besser auf Konzerne wie Siemens konzentrieren. Deutsche Lohnzurückhaltung und Exportdumping haben mit zu der Auseinanderentwicklung in Europa geführt. Symptomatisch ist das Aufkommen von Chauvinismus – von der Bild-Zeitung bis zum VWL-Professor oder Regierungspolitiker: Wird die bisher – mehr oder weniger – gleichberechtigte Zusammenarbeit in Europa fortgeführt – oder geht es wieder um Hegemonie?

### 1. Spät, daher teurer und riskant

Eine klare Garantieerklärung der EU- oder der Euro-Staaten vor drei Monaten hätte es Griechenland ermöglicht, die Mittel selbst aufzunehmen, zu 3 bis 5 %, statt wie danach zu mehr als 10 %. Das Zögern, oder besser gesagt die Blockade insbesondere der deutschen Regierung hat die Spekulation auf einen Bankrott Griechenlands massiv ermuntert und weitere Länder in Gefahr gebracht: Portugal, Spanien – demnächst vielleicht noch Irland und Italien, das übrigens genauso hoch verschuldet ist wie Griechenland.

### 2. Der IWF hat hier nichts zu suchen

Seine finanzielle Beteiligung ist vergleichsweise gering; die Mittel dafür werden zudem zu einem guten Teil von Europa aufgebracht. Diese Institution ist durch ihre Politik in der Dritten Welt weithin diskreditiert. Ihre bisherigen Standardrezepte – Sozialabbau und Abwertung der Währung – erwiesen sich meist als ruinös; eine Abwertung ginge im Falle Griechenlands ohnehin nur über einen Austritt aus der Währungsunion (bekanntlich wollen dies auch politische Kräfte in Deutschland). Sich dem IWF zu unterwerfen wird heute von den meisten Ländern mit entsprechenden Erfahrungen als demütigend und praktisch nutzlos abgelehnt. Es dokumentiert auch die Unfähigkeit zu einer eigenen, europäischen Lösung (auch dies von manchen durchaus gewollt).

### 3. Die Beteiligung der Geschäftsbanken bringt nichts – außer einem Imagegewinn für sie selbst

Von einigen sicherlich gut gemeint, von Merkel und Ackermann geschickt eingesetzt, ist diese Beteiligung schon vom Umfang her bescheiden: 1 oder 2 Milliarden Euro „Hilfe“ sind natürlich kein Geschenk, sondern ein Kredit mit normaler oder leicht erhöhter Verzinsung. Weitergehende Lösungen wie eine Teilabwertung von Anleihen verbieten sich, weil sie den Stein erst recht ins Rollen bringen würden: die Anleihen von Portugal, Spanien u.a. würden dann ebenfalls als unsicher gelten. Die jetzt beschlossenen „Hilfen“ der Euro-Staaten sind übrigens auch nur Kredite: Verzinsung wahrscheinlich rund 5 %, wobei die Refinanzierungskosten der Kreditgeber zwischen 1 und 3 % liegen.

### 4. Korruption und Stimmungsmache

Korruptionsbekämpfung ist Sache der jeweiligen Länder; Oberlehrer von außerhalb helfen erfahrungsgemäß wenig. In Deutschland sollte man in erster Linie an

Unternehmen wie Siemens oder verschiedene Waffenlieferanten denken, die über Bestechungsgelder Aufträge in Griechenland akquiriert haben.

Bei dem neuerdings wieder aufkommenden Chauvinismus steht die Bild-Zeitung bei weitem nicht allein. Deutsche Regierungspolitiker fordern das Land zum Verkauf von Inseln auf. Laut Professor Sinn wird Griechenland nie seine Schuldenprobleme lösen; Italien – mit einer gleich hohen Schuldenquote – erwähnt er nicht. Auch in Deutschland ist die Staatsverschuldung durch die Bankenrettung explodiert – aber kein Problem: „Weil wir morgens ziemlich früh aufstehen und den ganzen Tag arbeiten.“ (Bild-Zeitung 5.3.2010). – In Griechenland ist die Wochen- und Jahresarbeitszeit übrigens länger als bei uns.

#### 5. Mit krisenauslösend ist die Lohnzurückhaltung in Deutschland

Hier sind über einen längeren Zeitraum die Löhne weniger stark gestiegen als in vielen anderen europäischen Ländern. Deren Wettbewerbsfähigkeit hat sich entsprechend verschlechtert: daher Handelsbilanzdefizite, bei wachsenden deutschen Überschüssen. Früher wurde dies durch Abwertungen bzw. Aufwertung der D-Mark kompensiert; im einheitlichen Währungsraum geht das nicht mehr.

#### 6. Sozialstruktur, Staat, Solidarität

In Griechenland sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich wahrscheinlich noch größer als bei uns und die Reichen sind noch zielstrebig beim Verlagern ihres Geldes ins Ausland, zahlen also im Inland noch weniger Steuern. Ihnen gegenüber ist der Staat sehr schwach. Die Folgen der Krise werden also noch stärker auf dem Rücken der Bevölkerung abgeladen.

Die Vorgabe, die jährliche Neuverschuldung des Staates innerhalb von nur drei Jahren von 13 % auf 3 % zu senken, ist offenbar überzogen. Im schlimmsten Fall wird damit ein Vorwand für weitere Reglementierungen geschaffen: Entziehung der Stimmrechte, Ausschluss aus dem Euro. Diese Vorstellungen von Merkel und Co. sind im übrigen durch keinen EU-Vertragstext gedeckt.

Wichtig ist daher für uns die Solidarität mit der Bevölkerung Griechenlands.

harry.schroeder@web.de